

<b>Zeitschrift:</b>	Schweizer Ingenieur und Architekt
<b>Herausgeber:</b>	Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
<b>Band:</b>	107 (1989)
<b>Heft:</b>	38
<b>Artikel:</b>	Warenumsatzsteuer auf "ausgewählten" Dienstleistungen: unlösbare Abgrenzungsprobleme bei Architekten und Ingenieuren
<b>Autor:</b>	Basler, Konrad
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-77166">https://doi.org/10.5169/seals-77166</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 08.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Warenumsatzsteuer auf «ausgewählten» Dienstleistungen

Unlösbarer Abgrenzungsprobleme bei Architekten und Ingenieuren

**Gemäss Botschaft zur neuen Finanzordnung vom 5. Juni 1989 will der Bundesrat Architektur- und Ingenieurarbeiten der Warenumsatzsteuer unterstellen. Dass durch solche Verbrauchssteuern im Bereich der frei-beruflichen Dienstleistungen neue Wettbewerbsverzerrungen entstehen, ist in den Vernehmlassungen bereits dargestellt worden, denn Eigenleistungen einer Unternehmung beispielsweise unterstehen keiner Steuer, ganz abgesehen davon, dass geistige Leistungen, welche dem viel geforderten «qualitativen Wachstum» dienen, eher gefördert und nicht noch mit einer Steuer bestraft werden sollten.**

Man würde also durch Anstellung entsprechender Fachkräfte die Steuer umgehen können. Die öffentliche Hand mit ihren Hoch- und Tiefbauämtern hätte einen Grund für vermehrte Eigenleistungen: 6,2% billiger als bei Vergabe an Freischaffende. Die nun gewählte singuläre Besteuerung «ausgewählter» Dienstleistungen führt ausserdem zu unlösbarer Problemen:

einer modernen, integrierten Dienstleistung von Architekten und Ingenieuren ist auch eine Berater- und Gutachtertätigkeit enthalten. Sind diese auch einzuschliessen, und wenn ja, wo ist die Grenze zum Schätzer, zur Bauberaubungs- oder Treuhandfirma?

## Bauleistungen im engeren Sinne?

Diese Ausführungen zeigen, dass die Abgrenzungsprobleme, die Wettbewerbsverzerrungen und die Steuerumgehungskonstruktionen zunehmen würden, je weiter der Kreis ausgewählter Dienstleistungen gezogen wird, um erst ein Ende zu finden, wenn *alle* einbezogen sind.

Aber selbst eine Beschränkung auf die engere Bauleistung ist heute kaum abzugrenzen. Das Ingenieurbüro, welches Tiefbauten beispielsweise der Bahn 2000 bearbeitet, wird die Umsatzsteuer bezahlen müssen. Angenommen, es stelle sich später heraus, dass immer wieder neue umweltpolitische Forderungen gestellt werden und neue Varianten zu untersuchen sind, wie das zurzeit bei der Neubaustrecke Mattstetten bis Roggwil der Fall ist: Wird nun die Steuerverwaltung dort, wo ein «Nonvaleur» entsteht, weil es bei Studien geblieben ist, die einbezogene Steuer zurückstatten? Oder umgekehrt, wird etwa dort, wo man nur an generelle Planung und Vorprojektierung dachte, diese aber unerwartet einer Realisierung zuführen konnte, eine Nachsteuer erhoben? Wie wäre das

möglich mit dem bundesrätlichen Verbot der offenen Steuerüberwälzung auf den Kunden?

## Missverständnisse und Sinnwidrigkeiten

Die Begründung zur Ausdehnung der Warenumsatzsteuer auf Architektur- und Ingenieurleistungen beruht auf der Vorstellung, dass deren Nichtbesteuerung jene steuerpflichtigen Bauunternehmer benachteiligen würde, bei denen das Honorar der Architekten und Ingenieure im Preis der Bauarbeit enthalten sei – so wie das Louis Favre beim Gotthardtunnel noch als Totalunternehmer offerieren konnte. Heute ist es so, dass in neun von zehn Fällen die Architekten und Ingenieure ihre Honorare vom Bauherrn direkt erhalten. Das hat sich deshalb herausgebildet, weil derjenige, der projektiert und ausschreibt, nicht an der Ausführung beteiligt sein soll, d.h. der Schiedsrichter also nicht Mitspieler sein darf. Daher beruht die Begründung in der Botschaft auf einem verhängnisvollen Missverständnis.

Darüber hinaus gibt es auch Fragen nach dem Sinn dieses «Steuersubstrates», das die Architektur- und Ingenieurarbeiten einkreist. Die öffentliche Hand, deren Tätigkeiten durch Steuern finanziert werden müssen, ist mit  $\frac{1}{3}$  des Bauvolumens selbst der Steuerträger. Insofern wird die Umsatzbesteuerung zum Leerlauf.

Man sollte aber auch nach dem tieferen Sinn des «Steuerns» fragen, also nach der Lenkungswirkung einer Verbrauchssteuer. Waren sind Konsumgüter, die entsorgt werden müssen. Sie belasten die Umwelt und sollten sparsam eingesetzt werden. Daher ist die stärkere Belastung solcher Konsumgüter sinnvoll. Nicht so die geistigen Leistungen, die wir als Ziel des *qualitativen Wachstums* ansehen. Dass auf den Geräten, Bildschirmen und Computern, welche die Architekten und Ingenieure verwenden, eine Warenumsatzsteuer lastet, ist daher sinnvoll und im übrigen heute schon der Fall. Dass aber künftig der *Denkprozess eine Umsatzsteuer tragen soll*, das einzusehen fällt uns schwer.

Konrad Basler  
Nationalrat, Esslingen/Egg